

Der 7. Oktober offenbarte auf kirchlicher Seite eine unübersehbare Überforderung. Dass der Papst in seinem Brief anlässlich des Gedenktags ausgerechnet einen Bibelvers aus dem klassischen antijudaistischen Repertoire zitierte, fügte dem Dialog weiteren Schaden zu.

Nahost: Franziskus' fataler Lapsus

Von Christian M. Rutishauser SJ

Ein Jahr nach dem Massaker der Hamas ist die Situation in Israel weiterhin stark angespannt. Wenn internationale Politikerinnen und Politiker vor einer weiteren kriegerischen Eskalation im Nahen Osten warnen, wirken sie mit ihren allgemeinen politischen Floskeln eher hilflos. Kirchen veranstalteten rund um den 7. Oktober Friedensgebete, zum Teil sehr mitmenschlich geprägt und auf die Opfer auf beiden Seiten ausgerichtet. All das konnte über eine gewisse Unbeholfenheit letztlich nicht hinwegtäuschen.

Der lateinische Patriarch von Jerusalem, Kardinal Pierbattista Pizzaballa, forderte in einer Ansprache vor der deutschen Bischofskonferenz die Verantwortlichen auf, nicht nur für die eigene Gemeinschaft da zu sein, sondern wieder Brücken des Dialogs zu schlagen. Papst Franziskus rief „alle Menschen guten Willens“ zu einem Tag des Betens und Fastens auf. Sein Brief an die Christen im Nahen Osten war zuvorderst ein Trostwort angesichts ihres Leidens. Sein Schweigen über das Leiden auf israelischer Seite und seine Rede von einem „belagerten Gaza“ zeigen zugleich, dass er dem pro-palästinensischen Narrativ nahe steht. Wenn er im Krieg das Böse wüten sieht und den Satan mit Worten aus dem Johannesevangelium (Joh 8,44) beschreibt, unterläuft ihm zudem wohl ein fataler Lapsus. Dieser Vers gehört zum klassischen antijudaistischen Repertoire und besagt im Ganzen, dass die Juden des Satans Söhne sind. Der allgemeine Briefleser wird dies nicht bemerken, doch den jüdischen Vertretern im Dialog mit dem Vatikan ist es natürlich sofort aufgefallen.

Wie also Erinnern und Solidarität zeigen, ohne sich zu verheddern, ohne neu zu verletzen oder in Allgemeinplätzen stecken zu bleiben? Wie nicht nur in sich verschlossene Gruppen stärken, sondern diese für einen zivilgesellschaftlichen, politischen und interreligiösen Prozess öffnen? Und haben Religionsvertreter und Theologen überhaupt noch einen eigenständigen Beitrag zu leisten?

Komplexe Konfliktlinien

Ohne Verpflichtung der komplexen Wirklichkeit gegenüber geht nichts. Die Verwerfungen in Israel und Palästina gilt es zu erfassen und zu benennen: die innerisraelische Auseinandersetzung gegenüber der Regierung Netanjahu, die unterschiedlichen Vorstellungen darüber, was Zionismus heute bedeutet, die divergierenden palästinensischen Positionen in Gaza, der Westbank und im Staat Israel, die interferierenden muslimischen und jüdischen Narrative, der Wille vieler Palästinenser und Israelis zu politischen Verhandlungen zurückzukehren, aber auch die Einzelinteressen von Staaten in Ost und West, die sich zu Wort melden. Wer sich in dieser Gemengelage für Gerechtigkeit und Wahrheit, Frieden und Versöhnung einsetzt, muss sich zuerst dieser Komplexität stellen. Wie überlagern sich Konflikte? Wer kämpft genau gegen wen? Dilemmata wie auch tragische Verstrickungen kommen dabei in den Blick. So legte es Karma Ben-Johanan von der Hebräischen Universität zum siebten Oktober in Luzern dar. 

Ähnlich unterstrich die Historikerin Fania Oz-Salzberger bei ihrer *Nazarian Lecture*, dass nur bei der Benennung der differenzierten Wahrheit auf israelischer wie palästinensischer Seite Schritte nach vorn gemacht werden können. Allgemein ethische Appelle seien naiv, undifferenzierte Stellungnahmen verletzen, oberflächliche Meinungen würden Öl ins Feuer gießen und Schwarz-Weiß-Denken nicht weiterhelfen. Die Situation entzieht sich raschen Lösungen und geplanter Machbarkeit.

Viele Israelis erzählen in diesen Tagen, dass die liturgischen Texte der hohen jüdischen Feiertage, die den ganzen Monat Oktober prägen, ganz neu zu ihnen sprechen. Sie erinnern an

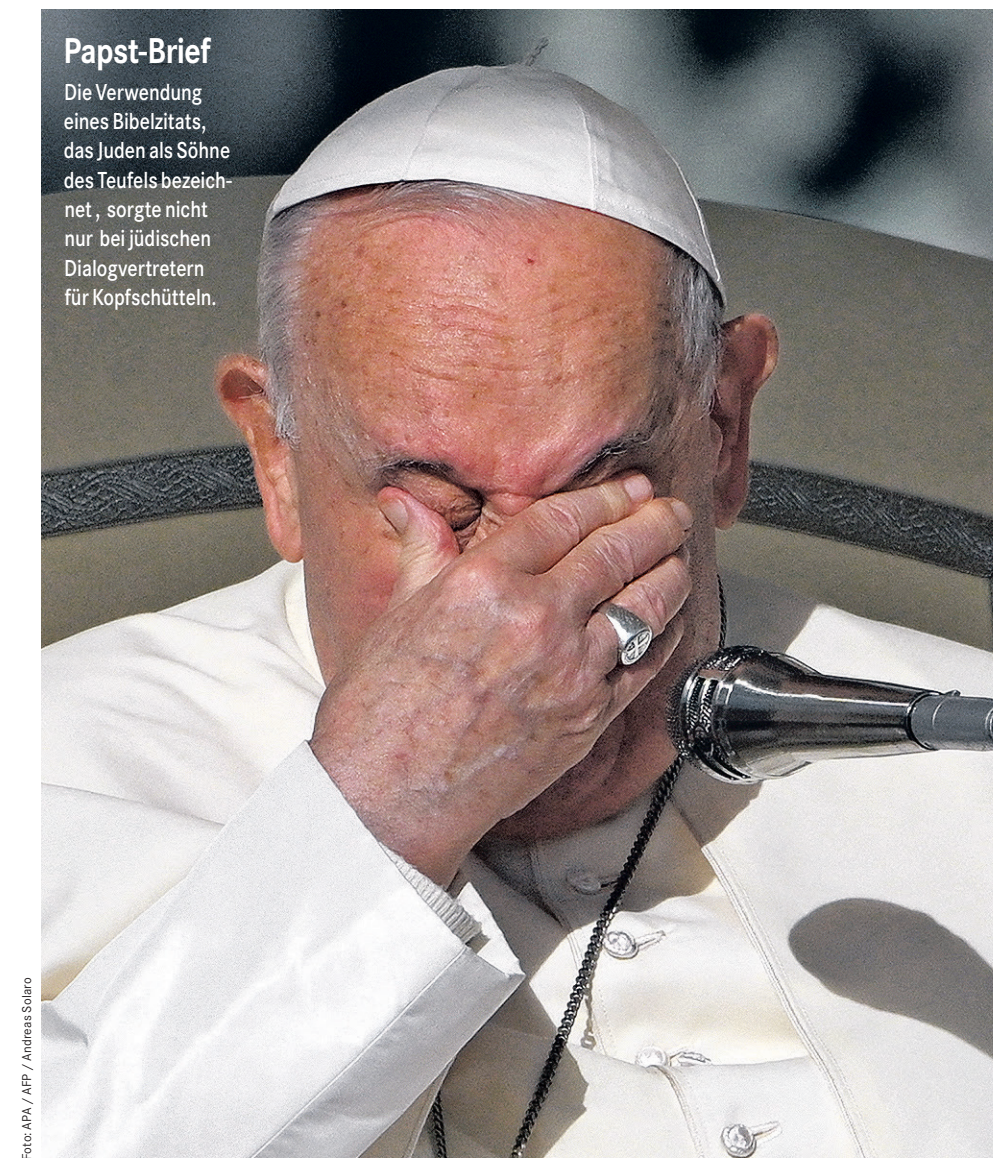


Foto: APA / AFP / Andreas Solino

Papst-Brief

Die Verwendung eines Bibelzitats, das Juden als Söhne des Teufels bezeichnet, sorgte nicht nur bei jüdischen Dialogvertretern für Kopfschütteln.

Verfolgung und Leiden seit Jahrhunderten und zeugen von einem Ringen um Leben in Gerechtigkeit. Religiöser Vollzug und glaubendes Denken sind ihnen eine entscheidende Ressource. Theologische Arbeit darf nicht verdrängt und das Feld nicht religiösem Fundamentalismus überlassen werden.

Mehr als karitative Appelle

Was religiöse Vertreter betrifft, so haben sie in der Tat dem einzelnen Menschen im Leid beizustehen. Sie haben aber auch mehr zu sagen, als allgemeine karitative Appelle an die Welt zu richten. Im Westen sind sie an Universitäten ausgebildet und wissen, dass sie nicht nur für ihre eigene Glaubensgemeinschaft einzustehen haben. Sie haben gelernt, auch die Perspektive der säkularen Gesellschaft und jene anderer Glaubensüberzeugungen einzunehmen. Richten sie Worte an die Politik, reichen individuelle ethische Grundsätze nicht aus. Vom zivilgesellschaftlichen Standpunkt gilt es die reiche Tradition der Sozialethik ins Gespräch zu bringen, zum Beispiel die Angemessenheit des Handelns, kluge Weitsicht und Nachhaltigkeit, Unterscheidung und Begrenzung in der Gewaltanwendung. Eine politische Theologie weiß zudem um die ethisch unabweichlichen Dilemmata, erliegt nicht der Illusion, die Welt erlösen zu können, und schlägt ein verantwortetes Vorgehen vor, wohlwissend, dass man sich dabei immer schuldig macht.

Religionsvertreter befassen sich nicht nur mit Tagesgeschehen. Zu ihren Aufgaben gehört es, Deutungshorizonte zu schaffen, die in die Zukunft weisen. Zionismus und Staat Israel erschöpfen sich nicht in einer politischen Lösung, um den Antisemitismus zu bekämpfen. Sie sind aber auch nicht einfach das Produkt eines kolonialen Europas. Es gilt schöpferisch Narrati-

ve weiterzuentwickeln, die um die Verwiesenheit der unterschiedlichen Gruppen und ihre Geschichte wissen. Erzählungen vom Neuanfang in ausweglosen Situationen kennt das Judentum angesichts wiederholter Exilerfahrung. Perspektiven der Versöhnung auf nicht identitäre Gemeinschaften hin zu entwickeln, gehört zur Kernaufgabe eines Christentums mit universalem Anspruch. Solche perspektivische Erzählungen müssen anschlussfähig an biblische Texte, aber auch an die drei abrahamitischen Traditionen sein.

Auch der klassische Zionismus, obwohl sich säkular verstehend, hat für die Begründung seiner humanitären, liberalen und demokratischen Vision des Staats Israel auf das Ethos der biblischen Propheten zurückgegriffen. Die Pioniere wollten in dieser Sicht gerade nicht ein kolonialistischer Fremdkörper im Land der Bibel sein.

Verschiedene Theologen wie auch die vatikanischen Texte sprechen angesichts der Rückkehr von Juden in ihr Land von einem Zeichen der Treue Gottes, sehr wohl betonend, dass auch Christen und Muslime Zeugen Gottes im Land sind. Sie unterscheiden Religion und Politik, legitimieren letztere nicht religiös, sondern wollen sie wohlwollend kritisch begleiten, so wie die prophetische Tradition stets die Politik begleitet hat. Messianisches Denken jeder Art wird abgelehnt, da es eine endgültige, metahistorische Lösung in Aussicht stellt, die allzu leicht Rechtsbruch legitimiert.

Kein geringerer als der Kulturanthropologe René Girard hat darauf hingewiesen, dass das biblische Narrativ sich wesentlich mit Gewaltüberwindung auseinandersetzt und auf Rechtsetzung abzielt. Nach dem Paradiesverlust wird paradigmatisch die mörderische Rivalität von Kain und Abel beschrieben. Nach der mythischen Sintflutgeschichte, die nach Vernichtung



Ein Interview mit Karma Ben-Johanan über „zerrüttete“ jüdisch-christliche Beziehungen (9.6.2024) auf furche.at.

einen Neuanfang vorschlägt, wird apokalyptischem Handeln eine Absage erteilt. Das biblische Narrativ setzt vielmehr mit langwierigen Geschichten von Menschen ein, die sich der Gerechtigkeit verpflichtet wissen. Umso erstaunlicher, dass ausgerechnet dem jüdischen Volk als Erstträger dieser Tradition durch alle Jahrhunderte hindurch immer wieder mutierender Judenhass entgegenschlägt.

Klassische Antisemiten sind zurück

So scheint denn auch die sogenannte „jüdische Frage“ der europäischen Moderne zurück zu sein. Die klassischen Antisemiten stellten diese in die Mitte aller sozialen Fragen. Sie wollten sie mit Gewalt lösen, aus der Welt schaffen und haben so illusionäre Zukunft für Europa versprochen. Nun ist die jüdische Frage auf globaler Ebene zurück. Der Staat Israel ist „der Jude unter den Staaten“ der Weltgemeinschaft. Das jüdische Volk findet sich wieder im Fokus eines globalen Kampfes um eine neue Machtverteilung. Da ist die Versuchung nicht fern, mit der Vernichtung des Staates Israel wieder die Weltprobleme lösen zu wollen.

Der anthropologisch wie biblisch-theologische Ansatz aber besteht darin, die „jüdische Frage“ auf die nach der Gewaltbereitschaft des Menschen zurückzuführen. Die jüdische wie die christliche Tradition sind verpflichtet, sich selbstkritisch zu befragen. Wie kann Gewaltüberwindung gelingen? Wie kann ungerechte Gewalt kanalisiert und neutralisiert, wenn nicht ganz überwunden werden? Und was will die Existenz des jüdischen Volkes einer globalisierten Weltgemeinschaft sagen? Selbstverständlich haben sich auch Wissenschaft, Gesellschaft und Politik zu diesen Fragen einzubringen.

Der Autor ist Leiter des Instituts für jüdisch-christliche Forschung an der Universität Luzern in der Schweiz. Seit 2014 gehört er zu den ständigen Beratern des Papstes für die religiösen Beziehungen mit dem Judentum.

„ Wer sich in dieser Gemengelage für Gerechtigkeit und Wahrheit, Frieden und Versöhnung einsetzt, muss sich zuerst dieser Komplexität stellen. “

HIMMELBLAU

BESTATTUNG

VORSORGE
& BESTATTUNG

11 x in Wien

Vertrauen im Leben,
Vertrauen beim Abschied

01 361 5000

www.bestattung-himmelblau.at
wien@bestattung-himmelblau.at